

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Rücktrittsangebot abgelehnt

Finanzminister Manmohan Singh hat am 23. Dezember 1993 bei Premierminister Rao seinen Rücktritt eingereicht. Rao hat das Rücktrittsgesuch seines Finanzministers Anfang Januar jedoch zurückgewiesen. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß ('Joint Parliamentary Committee', JPC) hatte den Minister sowie zwei weitere Regierungsmitglieder in seinem Bericht hart kritisiert. Hauptvorwurf des Komitees gegen Singh ist, er habe vollkommen die Kontrolle und Oberaufsicht über die von ihm geleitete Behörde verloren. Konkret werden ihm die im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik zu verzeichnenden hohen Preissteigerungsraten, Versagen bei der Kontrolle von Finanz- und Aktien-spekulationen und der ausländischen Banken zur Last gelegt. Seit Mitte 1991 sei der Minister in voller Kenntnis über Unregelmäßigkeiten an der Aktienbörse und unsichere Spekulationsgeschäfte der staatlichen Notenbank ('Reserve Bank of India', RBI), gewesen, ohne adäquate Gegenmaßnahmen ergriffen zu haben. Singh bestreitet die Vorwürfe. Bei dem sogenannten "securities scandal" geht es um "kriminellen Mißbrauch öffentlicher Gelder" in Höhe von ca. 84 Milliarden Rupien (etwa 5 Milliarden Mark).

Während die Vorwürfe gegen Singh als Indiz für Widerstand gegen die fortschreitende Liberalisierungspolitik gewertet werden können, wird das prompte Rücktrittsangebot dem als "Symbol für die Reformen" gewürdigten Minister zugute gehalten. Während die meisten großen Oppositionsparteien Singhs Rücktrittsangebot begrüßten, haben das Kabinett sowie einige Industrielle des Landes den Finanzminister gedrängt, seine Entscheidung zu überdenken und Premierminister Rao aufgefordert, das Rücktrittsangebot abzulehnen.

Der gewiehte Taktiker Rao und sein Finanzminister haben die Krise vorläufig überstanden - ausgesessen, ist man versucht zu sagen: Rao, politisch geschwächt durch Kommunalismus und die Schwierigkeiten, auf internationale Veränderungen angemessen zu reagieren,

hat die Kritik an Singh geschickt benutzt, um von seiner eigenen Regierungsschwäche abzulenken.

International gewinnt Singhs Schritt zusätzliche Bedeutung, wenn Premierminister Rao Anfang Februar die Bundesrepublik und im März Großbritannien besuchen wird. Wenn auch die akute Krise inzwischen beigelegt scheint, so erwartet man in Indien doch kritische Fragen der Deutschen und Briten hinsichtlich der Fortsetzung der Wirtschaftsreformen.

Wahlen in Nordindien

Bei den Wahlen zu den Landesparlamenten in den vier nördlichen Bundesstaaten Uttar Pradesh, Himachal Pradesh, Rajasthan und Madhya Pradesh sowie im Unionsterritorium Delhi und dem nordöstlichen Bundesstaat Mizoram kam es für alle größeren Parteien zu recht unterschiedlichen Ergebnissen (siehe auch 'Südasiens', 8/93). Die Wahlen hatten besondere Bedeutung erlangt, weil sie allgemein als ein Votum über die hindu-chauvinistische Politik der 'Bharatiya Janata Party' (BJP), mit der diese in den letzten Jahren große Erfolge feiern konnte, galt und als Indiz für die Stärke der Zentralregierung unter Premier Rao angesehen wurde.

Als großer Verlierer der Wahl gilt die BJP, die in keinem der vier Bundesstaaten des 'Hindu-Kernlandes' eine entscheidende Mehrheit erzielen konnte. Aber auch für die 'Congreß'-Partei geben die Wahlergebnisse wenig Grund zum feiern, obwohl sie in Himachal Pradesh und Madhya Pradesh regierungsfähige Mehrheiten erzielen konnte. In Uttar Pradesh mußte sie eine Niederlage hinnehmen, die schon als blamabel bezeichnet werden kann. Das Wahlergebnis dort ist von besonderer Bedeutung, handelt es sich hier doch um den bevölkerungsreichsten indischen Bundesstaat, der in den letzten Jahren immer als Hochburg der BJP galt. Hier konnte die 'Congreß'-Partei nur 28 der 425 Sitze erlangen. Wenn die BJP auch nach wie vor stärkste Partei ist und ihren Stimmenanteil sogar leicht auf 33 Prozent steigern konnte, so ist das Wahlergebnis mit 177 gewonnenen Sitzen im Vergleich zu den letzten Wahlen für sie eine große Ent-

täuschung.

Noch kurz vor den Wahlen hatte die BJP in Uttar Pradesh wie der sichere Sieger ausgesehen. Von den Wählern wurde ein klares Votum für die hindu-nationalistische Politik der Partei und damit die Rechtfertigung der Moscheezerstörung in Ayodhya im Dezember 1992 erwartet. Doch die Resultate lassen Zweifel aufkommen, ob die Bevölkerung den Mißbrauch religiöser Motive und Symbole für politische Zwecke wirklich billigt. Wichtiger für die Bevölkerung, das zeigt das Ergebnis der Wahlen in diesem Bundesstaat, ist die Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme und die Verbesserung der Situation der unteren Kasten und 'Unberührbaren'.

BJP-Führer verhaftet

In Zusammenhang mit der Zerstörung der Moschee in Ayodhya durch fanatisierte Hindus im Dezember 1992 hat das 'Central Bureau of Investigation' (CBI) die Verhaftung der Führungsspitze der 'Bharatiya Janata Party' veranlaßt. Zu den Verhafteten gehören der Vorsitzende der BJP, L.K. Advani, der ehemalige 'Chiefminister' von Uttar Pradesh, Kalyan Singh, der ehemalige Parteichef M.M. Joshi, der Chef der 'Bajrang Dal', V. Katiyar, der Generalsekretär der 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP), A. Giriraj Kishore, sowie die 'Shiv Sena'-Spitzen S. Pradhan, P. Pande und J.B. Singh Pawaya. Die Verhaftung wurde von den Politikern provoziert, indem sie darauf bestanden, nach ihrer Verhaftung im Dezember 1992 nicht gegen Kautionsfreilassung zu sein, sondern wegen Mangels an Beweisen bedingungslos. Ihnen war damals vorgeworfen worden, in einer Verschwörung die Zerstörung der Moschee in Ayodhya geplant zu haben. Ihre Weigerung, die Kautionsanzuerkennen, zwang das CBI dazu, sie nun erneut in Haft zu nehmen. Grundlage der Verhaftung ist wiederum der Vorwurf, sich an einer kriminellen Verschwörung zur Zerstörung und Entweihung eines 'Ortes der Anbetung' beteiligt und kommunalistische Auseinandersetzungen gefördert zu haben.

Aus Protest gegen die Verhaftung ihrer Führer hat die BJP zu einem

Generalstreik in Uttar Pradesh aufgerufen und ihre Parlamentarier boykottierten die Parlamentsitzungen. Während er in Ayodhya ein großer Erfolg war, stieß er in anderen Landesteilen auf weniger Unterstützung. So sollen in Allahabad nur 50 Prozent der Geschäfte geschlossen gewesen sein und es sei weder zu Verkehrsbehinderungen gekommen, noch seien Behörden geschlossen worden.

Verfahren im Mord an Gandhi

Der mit der Untersuchung der Ermordung Rajiv Gandhis beauftragte Gerichtshof unter Richter S.M. Siddick hat die Anträge auf Haftentlassung aller 26 Angeklagten zurückgewiesen. Begründet wird die Ablehnung und damit die Fortsetzung des Verfahrens mit dem vorliegenden Beweismaterial, das eindeutig auf die Beteiligung der Angeklagten an dem Gandhi-Attentat hinweist. Nach Verlesung der Anklageschrift beteuerten alle Beschuldigten ihre Unschuld und forderten die Einstellung des Verfahrens.

UNICEF-Bericht über Kindersituation

Nach einem im Dezember von dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) vorgelegten Bericht genießt Indien den zweifelhaften Ruf, weltweit das Land mit den meisten unter- beziehungsweise fehlernährten Kindern zu sein. Das gelte sowohl nach absoluten Zahlen als auch in Bezug auf die Gesamtbevölkerung. Laut UNICEF sind in Indien 72 Millionen Kinder unterernährt, in China sind es 24 Millionen und in Bangladesh 13 Millionen. Auf Rang vier folgt Pakistan mit neun Millionen unterernährten Kindern. Damit leben in diesen vier Ländern 60 Prozent aller weltweit unterernährten Kinder. Liegt weltweit der Anteil unterernährter Kinder bei 36 Prozent, so sind es in Indien 63 Prozent, in Sri Lanka 29 Prozent und 40 Prozent in Pakistan.

Einem Bericht der indischen Regierung zufolge ist zwar der Bevölkerungsanteil der unter der offiziellen Armutsgrenze lebenden Menschen in Indien von über 56 Prozent in 1960 auf knapp 30 Prozent in 1988 gefallen, doch noch immer seien mehr als 250 Millionen Menschen unter- oder mangelernährt.

In den städtischen Slumgebieten ist der Anteil der 'ernsthaft' unterernährten Kinder deutlich höher als in anderen Gebieten. Als Hauptur-

sachen für die schwerwiegende Mangelernährung der Kinder werden durch Fehlernährung hervorgerufener Eiweißmangel, Unterversorgung mit Eisen und Vitamin A und vor allem ein untolerierbar niedriges Geburtsgewicht genannt.

Ausbildungssituation schlecht

Der Ausbildungsstand indischer Frauen bleibt aufgrund geringer Schülerinnenzahlen beziehungsweise einer hohen Zahl von vorzeitigen Schulabgängerinnen weiterhin trostlos. Im sogenannten Hindi-Gürtel, also in den Bundesstaaten Uttar Pradesh, Bihar, Madhya Pradesh und Rajasthan, in denen über 40 Prozent der gesamten indischen Bevölkerung leben, ist die Analphabetinnenrate im Vergleich mit dem übrigen Indien überdurchschnittlich hoch. Mehr als die Hälfte aller Distrikte Indiens, in denen die Analphabetinnenrate über dem indischen Durchschnitt liegt, liegen in diesen Hindi-sprechenden Staaten.

Während im übrigen Indien 1991-92 die Einschulungsrate für Mädchen bei über 88 Prozent lag, wurden in Uttar Pradesh nur 67 Prozent der Mädchen eingeschult. Daß die Zahl der Schulabbrecher in diesem Bundesstaat bei den Jungen mit 53 Prozent noch höher liegt als bei den Mädchen, von denen 49 Prozent ihre Schullaufbahn vorzeitig abbrechen, ist da nur ein schwacher Trost.

In einem Bericht, den das 'Ministerium für die Entwicklung menschlicher Ressourcen' veröffentlichte, wird darauf hingewiesen, daß sich die Differenzen im Ausbildungsniveau zwischen Frauen und Männern kaum verringert hätten, obwohl in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der lese- und schreibkundigen Frauen stärker gewachsen sei als die der Männer. Dabei sind die absoluten Zahlen so lange beeindruckend, wie sie nicht zur Gesamtbevölkerung in Relation gesetzt werden. Während sich bei der männlichen Bevölkerung das Stadt-Land-Gefälle bei der Alphabetenquote seit 1981 verringerte, ist es bei den Frauen im gleichen Zeitraum gestiegen.

Das Ministerium sieht hier eine wichtige zukünftige Aufgabe der Bildungspolitik. Außerdem sollen die regionalen Disparitäten zwischen den einzelnen Bundesstaaten im Ausbildungsstand der Frauen abgebaut werden. Während in Kerala die Alphabetinnenquote beinahe 100 Prozent betrage, könnten in Rajas-

than nur etwa 21 Prozent der Frauen lesen und schreiben. Insgesamt, so das Dokument, "ist die Alphabetenrate der Frauen etwa genau so hoch wie bei den Männern vor 30 Jahren."

Reservierungspolitik für OBCs

In einem von der Regierung vorgelegten Memorandum über die Reservierung von Arbeitsplätzen für 'Andere Rückständige Kasten' (OBC) stellt die Regierung fest, das keine der für die 'Scheduled Castes/Scheduled Tribes' (SC/ST) geltenden Konzessionen auf die OBC's anwendbar seien. Den Angehörigen der SC/STs werden eine Reihe von Konzessionen zugestanden, die ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst oder auf einen Ausbildungsplatz erhöhen sollen. So haben sie die Möglichkeit, sich auf eine Stelle mehrmals zu bewerben, für sie gilt eine höhere Altergrenze und es wird eine geringere Berufserfahrung als bei Bewerbern aus anderen Kasten zugelassen.

Presse wehrt sich

Etwa 500 Journalisten und Kulturschaffende aus Bombay und anderen Teilen Indiens folgten dem Aufruf des 'Committee Against Attacks on the Media' zu einer Demonstration in Bombay. Die Demonstration richtete sich gegen die Welle von gewalttätigen Übergriffen der hindu-faschistischen Partei 'Shiv Sena' auf Journalisten, sowie gegen das "beteubende Schweigen, die Apathie und Tatenlosigkeit" der Regierung von Maharashtra. An der Demonstration vor dem Hauptquartier der 'Shiv Sena' beteiligten sich Herausgeber und Mitarbeiter aller führenden indischen Zeitungen wie 'Indian Express', 'The Times of India', 'The Hindustan Times', 'Frontline', 'Mainstream' u.a., sowie Gewerkschaftsführer, Schriftsteller, Filmstars etc., außerdem Politiker kommunistischer Parteien, der 'Janata Dal' und der 'Bharatiya Republican Party' und prominente AktivistInnen wie die Umweltschützerin Medha Patkar.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1966 richtete sich die faschistische 'Shiv Sena' in gewalttätigen und oft tödlichen Angriffen vor allem gegen Gewerkschaftsmitglieder, Dalits, nicht aus Maharashtra stammende Bewohner Bombays und gegen erklärte Demokraten jeglicher Couleur. Sie trägt ebenso die Hauptver-

antwortung für die Pogrome und die "kristallnacht campaign" (so wörtlich das Nachrichtenmagazin 'Frontline' aus Madras) gegen Moslems in Bombay zur Jahreswende 1992/93 im Anschluß an die Zerstörung der Moschee in Ayodhya. Die 'Shiv Sena' unter ihrem autoritären Führer Bal Thackeray weist noch in anderer Hinsicht Parallelen zu den deutschen Nazis auf: Ihr Einfluß baut auf der von ihr geschürten Massenhysterie und gewalttätigen Einschüchterung von Gegnern auf, während die Regierung sich in Schweigen oder Beschwichtigungsparolen hüllt.

Während der Demonstration kamen 'Shiv Sena'-Kader auf die Bühne, um drei Organisatoren der Demonstration zu einem Gespräch mit Bal Thackeray in die Parteizentrale zu laden, verbunden mit der unverhohlenen Drohung, Journalisten, die negativ über 'Shiv Sena' berichteten, hätten Schwierigkeiten zu erwarten. Die Journalisten wiesen darauf hin, daß sie gekommen waren, um gegen die 'Shiv Sena' zu protestieren und nicht, um mit ihr zu verhandeln. Wenig später erschien Bal Thackeray selbst, dessen durchsichtige "Gesprächsangebote" die Presse schon früher abgelehnt hatte, im Fenster seiner Parteizentrale und verkündete über Megaphon, Maharashtra sei das gastfreundlichste Land und die 'Shiv Sena' die friedlichste Partei. Am nächsten Tag gab die Regierung von Maharashtra die Bildung eines Komitees bekannt, das die Übergriffe der 'Shiv Sena' untersuchen soll.

Ausschreitungen in Aurangabad

Die Umbenennung der Marathwada-Universität in Aurangabad hat Mitte Januar in der Stadt und anderen Orten der Region im Bundesstaat Gujarat zu zum Teil gewalttätigen Ausschreitungen gegen Dalits geführt. Die Universität wurde nach Ambedkar benannt, dem legendären Führer der 'Unberührbaren' (Dalits). Die 'Shiv Sena' hatte aus Protest gegen die Umbenennung zu einem Generalstreik aufgerufen, der in Aurangabad und anderen Orten nahezu vollständig befolgt wurde. Im Parbhani Distrikt wurden Polizeiposten angegriffen und mehrere Hütten von Dalits in Brand gesteckt, Busse mit Steinen beworfen sowie ein Bahnhof demoliert, als 'Shiv Sena' Mitarbeiter Proteste gegen die Umbenennung organisierten. Die RSS, eigentlich

ein wichtiger Bündnispartner der 'Shiv Sena', hat unterdessen die Umbenennung der Universität begrüßt und Ambedkar als einen großen Führer der Nation bezeichnet.

J.R.D. Tata 1904 - 1993

Ende November verstarb in Genf im Alter von 89 Jahren der 'große alte Mann der indischen Industrie', Jehangir Ratanji Dadabhai Tata. 53 Jahre, von 1938 bis 1991, leitete Tata die wohl bedeutendste Unternehmensgruppe der Industrie Indiens. 14 Gesellschaften, die 95 Unternehmen kontrollieren und einen Jahresumsatz von über 100 Milliarden Rupien (über 5,5 Milliarden DM) erzielten, umfaßte sein Industrieimperium, als er vor zwei Jahren seinen Führungsposten von 'Tata Sons' an Ratan Tata abtrat. Der Industrielle gilt als der Vater der zivilen indischen Luftfahrt, der 1948 'Air India International' gründete und bis 1978 deren Vorsitzender war. Auf JRD, wie er überall genannt wurde, geht die Gründung des 'Tata Institute of Fundamental Research' zurück, das die Grundlagen für das indische Nuklearprogramm lieferte. Als heftiger Kritiker der indischen Wirtschaftspolitik seit der Unabhängigkeit war er einer der Initiatoren des sogenannten 'Bombay Plans', einem frühen Versuch eines geplanten Entwicklungsprozesses, den er 1944 zusammen mit dem Industriellen Birla und verschiedenen Wissenschaftlern vorlegte. Den 'Nehrusozialismus' machte er verantwortlich, "den wirtschaftlichen Fortschritt Indiens beinahe 30 Jahre lang aufgehalten" zu haben. Im Bevölkerungswachstum sah er ein Hauptproblem der indischen Union. Mit JRD verliert Indien einen nicht unumstrittenen, zweifellos aber sehr bedeutenden Industriellen, dessen Unternehmensgruppe unter dem Namen 'Tata' geradezu zu einem Synonym für die industrielle Entwicklung der indischen Union geworden ist.

Kontroverse um Rajaji-Nationalpark

Der in der Nähe von Dehradun gelegene Rajaji-Nationalpark steht seit einiger Zeit im Mittelpunkt einer Kontroverse um die nachteiligen Auswirkungen, die von der Dorfbevölkerung in der Region auf den Park ausgehen sollen. Solche Auseinandersetzungen gibt es bei fast allen Nationalparks, doch die Nähe zur Hauptstadt Delhi macht den Rajaji-Nationalpark zu einem beson-

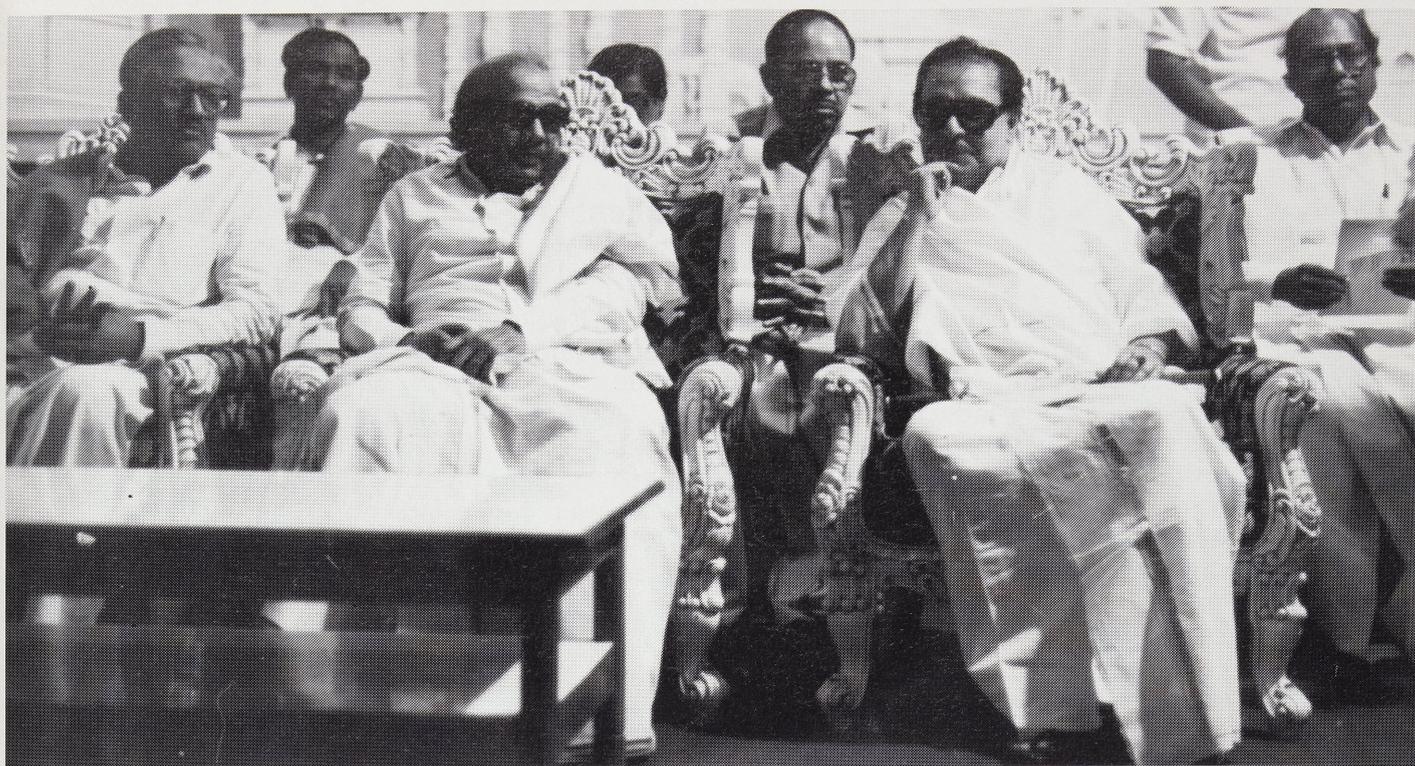
deren Fall. Nur fünf Autostunden von Delhi entfernt liegt das 820 Quadratkilometer große Schutzgebiet zwischen den Touristenattraktionen von Dehradun, Hardwar und Rishikesh, in einem Gebiet, das bekannt ist für sein fruchtbares Land. Eine Reihe von Farmen prominenter Politiker und Industrieller liegen in der Nähe des Parks. Entfacht wurde die Kontroverse um den Park durch Aktionsgruppen, die nachdrücklich auf die Probleme der Dorfbevölkerung und nomadisierender Hirten in der Region hinweisen.

Die wichtigste Gruppe der im Park lebenden Menschen sind die Gujars, nomadisierende Hirten, die jeden Sommer mit ihren Büffelherden in die Berge wandern. Im September/Oktober kehren sie in das Gebiet des Rajaji Nationalparks zurück, wo sie dann den Winter verbringen. Einige von ihnen, insbesondere die älteren, haben das Wandern aufgegeben und bleiben nun das ganze Jahr über in der Parkregion. Von offizieller Seite wird ihnen vorgeworfen, durch zerstörerische Weidepraktiken den Park zu zerstören, Wasserläufe zu stauen und unsachgemäß Holz zu schlagen.

Solche Berichte ignorieren jedoch einige positive Aspekte der Gujars. Sie sind Vegetarier und töten keine Tiere im Park. Sie behaupten, ihre Methode, Holz zu gewinnen, schone die Bäume und zerstöre sie nicht. Sie bringen Fälle von illegalem Schlagen von Bäumen zur Anzeige und verfügen über umfangreiches traditionelles Wissen über die Ökologie des Waldes und der in ihm lebenden Tiere. Vereinzelt auftretende nachteilige Folgen durch ihre Weidepraktiken könnten vermieden werden, wenn man diese Gemeinschaft in die Pflege und Verwaltung des Parks einbeziehen würde. Ihre Erfahrung in der Betreuung und Versorgung von Büffelherden könnte für die Viehhaltung des Landes von Bedeutung sein, da sie mit einem Minimum an Futterkonzentration auskommen. Doch bisher hat sich die Nationalparkverwaltung nicht dazu entschieden, das Gespräch mit den Gujars zu suchen.

Spaltung der DMK - Karunanidhis Führungsposition gestärkt

Ende Dezember spaltete sich die ehemalige tamilische Regierungspartei DMK (Dravidische Volksbewegung) unter ihrem populären Seniorchef und langjährigen Ministerpräsidenten Tamil Nadus, M. Karunanidhi. Eine Gruppe von Dissi-



Karunanidhi inmitten seiner Getreuen (Foto: Walter Keller)

denten unter V. Gopalasamy (genannt "Vai Go") gründete ihre eigene "authentic DMK".

Hintergrund der Krise ist die Veröffentlichung eines Berichtes des tamilischen Geheimdienstes, nach dem die srilankischen 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) angeblich Karunanidhis Ermordung planten, um "Vai Go", dem gute Kontakte zur LTTE nachgesagt werden, als Parteichef auf den Thron zu heben. Vai Go's Versuche, sich öffentlich von den 'Tamil Tigers' zu distanzieren, wurden erschwert durch in Jaffna kursierende LTTE-Pamphlete, die Vai Go als den "wahren nationalen Führer der Tamilen in Tamil Nadu" propagieren. Versuche beider Parteifraktionen, in den verschiedenen Distrikten die Parteibüros zu übernehmen, endeten gewalttätig, sodaß die Polizei einschreiten mußte. Auf Karunanidhis Aufforderung bekundeten ihm über achzig Prozent der Parteimitglieder ihre Unterstützung, während die Dissidenten unter dem Vorwurf, eine "Kultur der Gewalt" zu schüren, aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Diese Mehrheit, die Karunanidhi hinter sich bringen konnte, kann für ihn aber noch kein Zeichen der Entwarnung sein. Schon 1972 hatte sich die DMK unter Karunanidhi gespalten, und der Dissident M.G. Ramachandran, der daraufhin eine neue dravidische Partei

(AIADMK) gründete, wurde Ministerpräsident, obwohl Karunanidhi zunächst die überwältigende Parteimehrheit hinter sich behielt.

Einige politische Beobachter erwarten von Vai Go ein radikal-dravidisches, anti-brahmanisches Programm im südlichen Bundesstaat Tamil Nadu. Gegen den Dissidenten spricht vor allem sein Image als LTTE-Freund, das sich nach dem der LTTE zur Last gelegten Mord an Rajiv Gandhi kein Politiker in Indien leisten kann, der die Machtübernahme anstrebt.

G-15-Gipfel in New Delhi geplatzt

Das schon einmal verschobene Gipfeltreffen der Staatschefs der Gruppe der 15 (G-15) in New Delhi ist erneut auf voraussichtlich März 1994 verschoben worden. Die G-15 versteht sich nicht zuletzt als ein Forum der Bewegung der Blockfreien, und die Schwierigkeiten beim Zustandekommen des Gipfeltreffens kündigen nach dem Ende des Kalten Krieges ein Schwinden der Bedeutung der Blockfreien-Bewegung an.

Aus Lateinamerika war ohnehin kaum ein Teilnehmer erwartet worden, da Mexiko und Chile, zwei der wirtschaftlich potentesten Mitglieder, sich nach Gründung der NAFTA ('North American Free Trade Association') stärker den USA zuwenden, Argentinien

Präsident Carlos Menem sich ohnehin von der "Dritten Welt" distanziert und Carlos Andres Peres aus Venezuela als einer der wenigen lateinamerikanischen Unterstützer der Blockfreien wegen Korruption aus dem Amt gehievt wurde. Einige afrikanische Mitgliedsstaaten wie Senegal oder die Elfenbeinküste sind entweder mit Wahlen oder anderen innenpolitischen Problemen beschäftigt, und die meisten asiatischen Mitglieder orientieren sich stärker an regionalen Bündnissen wie ASEAN ('Association of South East Asian Nations') oder APEC ('Asia Pacific Economic Community').

Ungeachtet der ohnehin ungünstigen weltweiten Rahmenbedingungen für die G-15 wird das Scheitern des Treffens in New Delhi nun der diplomatischen Schwäche des indischen Außenministers Dinesh Singh angelastet. Die Zukunft der G-15 bleibt ungewiß: China, das früher einmal Ambitionen auf eine Mitgliedschaft hatte, wendet sich nun dem eigenen Marktwirtschafts-Prozeß zu, andere potente Aspiranten sind nicht in Sicht. Die Zeichen stehen auf regionale Wirtschaftskooperation unter marktwirtschaftlichem Vorzeichen, nicht auf einer sozialistisch angehauchten Blockfreienpolitik. Sollten nächstes Jahr zu einem G-15-Treffen nicht mehr als zehn Staatschefs erscheinen, wäre das wohl der Anfang vom Ende.